

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Wichtiger Schritt auf dem Weg zur Frauenquote

Nach mehrjährigen Blockaden hat zumindest das Oberhaus in Indien (*Rajya Sabha*) am 9. März die Einführung einer Frauenquote auf Bundes- und Länderebene beschlossen. Der Gesetzentwurf, der seit langem von allen wichtigen Parteien unterstützt wird, sieht vor, dass jeder dritte Parlamentssitz für Frauen reserviert wird. Dabei soll ein Rotationssystem gelten, so dass (beim im Indien geltenden reinen Mehrheitswahlrecht nach britischem Vorbild) jeder Wahlkreis in jeder dritten Wahlperiode von einer Frau im Parlament vertreten wird. In Indien gilt bereits eine Frauenquote auf der Ebene der Dorfparlamente (*Panchayats*), die allgemein als erfolgreicher Weg anerkannt ist, die Frauenrechte und die Beteiligung von Frauen in der Politik zu fördern. Gegen die Quote auf höherer Ebene machen jedoch seit Jahren vor allem die Parteien der unteren Kasten in Nordindien (*Samajwadi Party* und *Rashtriya Janata Dal*) lautstark Opposition. Ihre Befürchtung ist, dass die Frauenquote in Konkurrenz zu Quoten anderer benachteiligter Gruppen tritt. Sie fordern daher innerhalb der Frauenquote eine Quote für Frauen aus unteren Kasten. Trotz Aufruhr und lautstarker Proteste hat das Oberhaus die Quote nun also beschlossen, aber die Zustimmung im Unterhaus (*Lok Sabha*) steht noch aus. Erst dann kann die Quote Wirklichkeit werden.

Maoisten massakrieren 76 Polizisten

Am 6. April haben maoistische Guerilla-Kämpfer ihren bisher verheerendsten Angriff auf indische Sicherheitskräfte durchgeführt. Im Distrikt Dantewada im zentralindischen Bundesstaat Chattisgarh töteten sie 76 Polizisten in einem Hinterhalt, hauptsächlich Angehörige der Bundespolizei (CRPF). Dantewada und Chattisgarh insgesamt gelten seit Jahren als Hochburgen der in Indien auch als "Naxaliten" bekannten Maoisten. Zwei Drittel der Bevölkerung dort sind Adivasis (Angehörige indigener Völker). Das rücksichtslose Vorgehen der regionalen Behörden bei der Aufstandsbekämpfung (u.a. der Einsatz von Privatmilitzen und die Einschränkung von Grundrechten) hat den Maoisten zusätzlich Zulauf beschert. Maoistische Führer bezeichneten die Attacke als Reaktion auf eine unter dem Namen "Green Hunt" bekannt gewordene Offensive der Sicherheitskräfte gegen die Maoisten in verschiedenen Bundesstaaten Zentralindiens. Über die Offensive herrscht einige Konfusion, denn Innen-

minister P. Chidambaram hat stets bestritten, dass es "Green Hunt" überhaupt gebe. Aber zahlreiche andere Offizielle sowie Journalisten und Bürgerrechtler sprechen offen von dieser koordinierten Operation gegen die Guerilla-Kämpfer. Die Regierung und besonders auch die hindu-nationalistische BJP-Opposition überboten sich gegenseitig in martialischen Tönen nach dem Anschlag. Ein klares Konzept für die erfolgreiche Aufstandsbekämpfung haben sie aber alle nicht vorzuweisen. Vereinzelt melden sich unter Politikern aber durchaus Kritiker einer harten Linie gegen die Rebellen zu Wort. So gehört etwa der für seine Aufmüpfigkeit gegenüber der eigenen Parteiführung bekannte bengalische Liedermacher und Parlamentarier Kabir Suman (*Trinamul Congress*) zu den erklärten Gegnern von "Green Hunt".

Indisch-pakistanische Beziehungen bleiben angespannt

Ende April trafen sich nach längerer Pause die Premierminister von Indien und Pakistan wieder einmal zu Gesprächen am Rande des SAARC-Gipfels in Thimphu (Bhutan). Der erhoffte Neuaufbruch fand allerdings nicht statt. Indien ist weiter verärgert über die unzureichende Aufarbeitung der Mumbai-Anschläge von 2008 in Pakistan. Auch die indisch-pakistanische Traumhochzeit zweier Spitzensportler im April warf wieder einmal ein Schlaglicht auf die Probleme zwischen beiden Ländern. Indiens beste Tennis-Spielerin Sania Mirza wurde von indischen Nationalisten für ihre Hochzeit mit dem pakistanischen Cricket-Star Shoaib Malik heftig kritisiert. In Pakistan wiederum triumphierten sogar Politiker öffentlich und vertraten die Meinung, Sania Mirza müsse als gute Schwiegertochter jetzt für Pakistan spielen. Dass die beiden auf "neutralem" Boden in Dubai leben wollen, schien niemanden zu interessieren. Besonders die indischen Medien beschäftigten sich derweil im Vorfeld tagelang mit der Frage, ob Malik nicht bereits mit einer anderen Frau (ebenfalls aus dem südindischen Hyderabad) verheiratet sei. Dies war er offenbar, und so ließ er sich vor der Hochzeit mit Sania Mirza schnell noch von der anderen scheiden.

Mumbai-Attentäter verurteilt

Nach einem für indische Verhältnisse mit anderthalb Jahren sehr zügigen Verfahren ist der einzige über-

lebende Attentäter der Anschläge von Mumbai Ende November 2008, Ajmal Kasab aus Pakistan, am 3. Mai vom Gericht in allen Anklagepunkten (u.a. des Mordes und des Krieges gegen Indien) für schuldig befunden worden. Richter M.L. Tahilyani sprach aber zwei mitangeklagte Inder aus Mangel an Beweisen frei. Die Staatsanwaltschaft hatte sie als Helfershelfer der Attentäter bezeichnet. Das Verfahren hatte einiges Hin und Her erlebt. Zuerst hatte sich kein Verteidiger für Ajmal Kasab gefunden, später wurde seine erste Verteidigerin wegen Interessenskonflikten vom Gericht abberufen. Kasab bekannte sich zwischenzeitlich schuldig, widerrief dieses Eingeständnis später im Prozess aber wieder.

Indien führt Recht auf Schulbildung ein

Zum 1. April ist in Indien ein Gesetz in Kraft getreten, wonach jedes Kind im Alter zwischen 6 und 14 Jahren einen Anspruch auf Schulbildung hat. Trotz gestiegener Alphabetisierungs-Raten gehen nach wie vor schätzungsweise acht Millionen indische Kinder in dieser Altersgruppe nicht zur Schule. Das dürfte sich zwar kaum von heute auf morgen ändern; allerdings war die Zahl 2003 noch dreimal so hoch, und die meisten Experten glauben, dass das neue Gesetz einen weiteren wichtigen Fortschritt auf dem Weg zur Bildung für alle bedeutet. Zahlreiche Programme sind geplant, die die gesetzliche Regelung in die Realität umsetzen helfen sollen.

Bundestagsabgeordnete kritisieren Modi

Die deutschen Bundestagsabgeordneten Ute Granold (CDU) und Pascal Kober (FDP) haben bei einer Indien-Reise den mangelnden Schutz von religiösen Minderheiten in Indien kritisiert, namentlich von Muslimen und Christen. Insbesondere ihre kritischen Äußerungen über Gujarats Ministerpräsidenten Narendra Modi (BJP) sorgten in Indien für großes öffentliches Aufsehen und Proteste der Hindu-Nationalisten. Modi werfen in Indien viele vor, an den Pogromen gegen Muslime in Gujarat 2002 mitschuldig zu sein. In der EU gilt er offiziell als *persona non grata*; Granold und Kober begrüßten ausdrücklich die Entscheidung, Modi kein Visum für Europa zu erteilen.

Tharoor stolpert über Cricket-Affäre

Indiens Staatsminister des Äußeren, der ehemalige UN-Untergeneralsekretär Shashi Tharoor, musste wegen Korruptionsvorwürfen seinen Hut nehmen. Tharoor soll einer Bekannten dabei geholfen haben, einen

Anteil an einem Cricket-Team in der *Indian Premier League* zu erwerben. Tharoor, der sich auch als Romanautor einen Namen gemacht hat, scheute keine Kontroverse und war der erste Inder mit mehr als 100.000 Followern auf Twitter. Seine oft undiplomatischen Tweets hatten ihn schon in der Vergangenheit immer wieder in Konflikt mit seinen Vorgesetzten, Außenminister S.M. Krishna und Premierminister Manmohan Singh, gebracht.

Nuklearunfall in Delhi

Im April starb ein Schrottplatz-Arbeiter in Delhi, nachdem er radioaktiv verstrahlt worden war. Nachdem die Ursache der Strahlung zunächst unklar war, stellte sich schließlich heraus, dass eine verschrottete Maschine aus einem Institut der *Delhi University* dafür verantwortlich war. Die *Delhi University* wies jedoch Medienberichte zurück, wonach Professoren andere nukleare Abfälle in der Vergangenheit einfach auf dem Campus vergraben hätten. Nuklearexperten und Nichtregierungsorganisationen kritisierten die fehlende Umsetzung von Strahlenschutz-Richtlinien in Indien. Indien importiert beispielsweise große Mengen von Schrott, ohne dass die damit arbeitenden Menschen auch nur grundlegende Informationen oder Schutzvorkehrungen zum Umgang damit besäßen.

“Ehrenmord” an Journalistin?

Nachdem die in Delhi für eine Wirtschaftszeitung arbeitende Journalistin Nirupama Pathak Ende April in ihrem Elternhaus im Bundesstaat Jharkhand tot aufgefunden wurde, wurde ihre Mutter verhaftet. Laut Medienberichten bestand der Verdacht, dass Pathak nicht durch Selbstmord oder einen Unfall ums Leben gekommen war, wie es zuerst geheißen hatte, sondern von ihrer eigenen Familie getötet wurde, weil die Brahmanin einen Mann aus einer anderen Kaste heiraten wollte. Der Fall löste eine öffentliche Debatte aus, da in letzter Zeit eine ganze Reihe von Ehrenmorden in Indien bekannt geworden sind. Oft sind jedoch konservative Familien auf dem Land betroffen. Dass es offenbar sogar einer Journalistin aus Delhi passieren kann, schockierte viele.